

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion

der Fraktion DIE LINKE

zum Antrag der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN „**Gewalt an Schulen vorbeugen - landesweite Strategie für Gewaltprävention entwickeln**“ - Drucksache 5/4209 vom 01.11.2011

Der Landtag stellt fest:

Die Schule ist zum Schutz der seelischen und körperlichen Unversehrtheit und der Entfaltungsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler verpflichtet. Schülerinnen und Schüler, Eltern und alle in den Schulen Beschäftigten sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulaufsicht sind aufgefordert, für ein angst- und gewaltfreies Schulklima Sorge zu tragen. Die Landesregierung unterstützt die Lehrerinnen und Lehrern dabei, sich aktiv gegen alle Formen der Gewalt einzusetzen u.a. durch geeignete Informationen, mit Maßnahmen kontinuierlicher Qualifizierung und Handlungsorientierung, durch die Organisation von Möglichkeiten des Austausches und der Kooperation mit anderen Experten und Institutionen. Diese Strategie und die Instrumente zu ihrer Umsetzung sollen kontinuierlich weiterentwickelt, in ihrer Wirksamkeit geschärft und gegenüber der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Der Landtag möge daher beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- Das Spektrum der bestehenden Instrumente, Maßnahmen, Unterstützungsangebote und Kooperationen zur Vorbeugung und Bekämpfung von Gewalt an Schulen darzulegen,
- über den aktuellen Stand der Weiterentwicklung des bestehenden Konzepts unter Einbeziehung externer Expertise zu berichten.

In diesem dem Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport des Landtages Brandenburg bis zum 1.7.2012 vorzulegenden Bericht sollen insbesondere Aussagen getroffen werden zu folgenden Aspekten:

- Faktoren der gelingenden Gewaltprävention in Schulen Verbreitung von guten und zielführenden Präventionsmaßnahmen im Land

Datum des Eingangs: 08.11.2011 / Ausgegeben: 08.11.2011

- Funktionsweise erfolgreich arbeitender Kooperationsnetzwerke und Übertragbarkeit dieser Strukturen auf andere Regionen
- Chancen der Ganztagsbetreuung an Schulen im Zusammenhang mit der Gewaltprävention
- Möglichkeiten der Schulvisitation, die flächendeckende Wirkung der präventiven Maßnahmen in den Schulen zu überprüfen
- Stand der gemeinsam vom Ministerium für Bildung, Jugend und Sport sowie dem Ministerium des Inneren getragenen Prüfung und Weiterentwicklung der Notfallpläne für Schulen
- Möglichkeit der Bündelung von Maßnahmen

Begründung:

Die Sorge für das Wohl der Schülerinnen und Schüler erfordert einerseits, die Ächtung von Gewalt und die Kompetenz zur gewaltfreien Konfliktlösung als eine Grundlage menschlichen Zusammenlebens zu vermitteln, und andererseits, jedem Anhaltspunkt für Vernachlässigung und Misshandlung, Gewalt und Mobbing nachzugehen. Für Lehrerinnen und Lehrer ist dieser Schutzauftrag immanenter Bestandteil ihrer Qualifikation und pädagogischen Arbeit.

Die Landesregierung hat in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage 1572 – Drucksache 5/4142 - der Abgeordneten der SPD-Fraktion Ina Muhß und Thomas Günther „Gewaltprävention an Schulen“ ihre landesweite Strategie der Bekämpfung von Gewalt an Schulen dargelegt und gezeigt, dass sie erfolgreich verschiedene Ansätze verfolgt, um für ein angst- und gewaltfreies Schulklima zu sorgen und Schädigungen von Menschen auch in akuten Krisensituationen zu verhindern. Die Weiterentwicklung dieser Strategie bleibt eine ständige Aufgabe gegen akute Gewalt an Schulen und für eine wirksame Gewaltprävention.

Ralf Holzschuher
für die SPD-Fraktion

Kerstin Kaiser
für die Fraktion DIE LINKE